Polnische Pressestimmen

Uebersetzungen aus den stets neuesten polnischen Zeitungen aus Kongreßpolen, Posen, Westpreußen u. Ober-schlesien auch unter Berücksichtigung der Berliner, Danziger u. westdeutschen polnischen Zeitungen.

Verlag: „Polnische Pressestimmen". Schriftleitung: Hans Weber
Druck: Schlesische Volkszeitung, Druckerei und Verlag, G. m. b. H.
Sämtlich in Breslau. Postscheckkonto des Verlags Nr. 28 444.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Bezugspreis mit Bestellgeld monatlich Mk. 10,00, vierteljährlich Mk. 30,00.

Nr. 37. Breslau, den 1. April 1920. 2. Jahrgang.

Massenkundgebungen von 28 000 landwirtschaftlichen Arbeitern in Posen.

Politische Umschau.

Die polnischen Friedensgrundsätze.

(„Naprzód", Krakau, vom 25. März 1920, Nr. 73.)

Grenze Dmowski's — oder das Programm des Staatsverwesers.

Als nach der Einnahme Wilnas durch die polnischen Truppen Staatsverweser erklärte, daß Polen bezüglich Litauens keine Eroberungsgelüste habe, sondern es Litauen überlassen bleibt, — nun die Nationaldemokratie einen lärmenden Kampf gegen diese Stellung. Letztere verstand es sogar, die Mehrheit der Reichstagsabgeordneten für sich zu gewinnen. Erst als Paderewski nach seiner Rückkehr aus Paris erklärte, daß die Kundmachung des Staatsverwesers bei der Entente gute Aufnahme gefunden habe, dagegen der Annektionsbeschluß des Landtages dort einen schlechten Eindruck machte, dann erst bemerkte die Landtagsmehrheit, daß sie von der Nationaldemokratie irregeführt, eine Dummheit begangen habe; sie zog ihren Beschluß zurück und nahm das Programm Pilsudskis bezüglich Litauens an.

Die Nationaldemokratie hörte aber nicht auf zu wühlen und zu hetzen. Als es jetzt zur Festsetzung der Grundlagen für den Frieden mit Rußland kam, zog sie wieder in den Kampf gegen das Programm des Staatsverwesers.

Man muß zugeben, daß die Nationaldemokratie in dieser Beziehung konsequent ist. Noch zu der Zeit, als das Nationaldemokratische Pariser Komitee als polnische Regierung vor der Entente auftreten wollte, (in partibus infidelium!), legte in seinem Namen Herrn Dmowski der Entente eine Landkarte vor, die die territorialen Ansprüche Polens vermittels einer Linie darstellen sollte, die durch die Mitte des historischen Litauens und des ethnographischen Weißrußlands gezogen war. Der Teil Weißrußlands, der sich zur linken Seite des Striches befand, sollte Polen zufallen, der andere zur rechten Seite sollte Rußland gegeben werden. Ein wahrhaft salomonisches Urteil, das durch seine Einfachheit in Staunen setzte. Ein Strich auf dem Papier und Weißrußland war halbiert — die Sache erledigt. Die Nationaldemokratie begann sofort das geographische Talent des Herrn Dmowski zu rühmen und den Strich, den er auf der Landkarte gezogen hatte, wurde das Allerheiligste der Heiligtümer der Nationaldemokratie.

Eine ganz andere Lösung der Angelegenheit hatte der Staatsverweser ins Auge gefaßt. Als der Minister des Aeußeren, Herr Patek, zur Auffassung der Antwort auf den bolschewistischen Friedensvorschlag herantrat, ließ er sich nicht von dem Strich des Herrn Dmowski, sondern von dem Entwurf, den der Staatsverweser aufgestellt hatte, leiten. Deswegen erhoben die Nationaldemokraten in der Landtagskommission einen großen Lärm, der sich aber bald beruhigte.

Die Grundsätze, die von Herrn Patek vorgeschlagen wurden, und folgende: Das Verbrechen der Teilung Polens müßte das neue Rußland heut insoweit wieder gut machen, als es allen Ansprüchen auf die Gebiete, die vor der ersten Teilung Polens im Jahre 1772 in den Bestand der polnischen Republik traten, entsagt. Polen wird den Grenzgebieten im Einvernehmen mit der sie bewohnenden Bevölkerung eine geeignete Gestalt verleihen.

Ueber dieses Programm stritten sich in der Kommission die Vertreter der Nationaldemokratie, Pfarrer Lutoslawski und Herr Stanislaw Grabski, nach einem von ihnen schon vorher zurechtgelegten Plane, indem sie riefen: Das ist Imperialismus! Imperialismus? Die Nationaldemokraten beschuldigten jemanden des Imperialismus. — Das ist keine Komödie mehr, das ist eine Posse.

Daß hier von Imperialismus nicht die Rede sein kann, unterliegt doch keinem Zweifel. Sogar der Schöpfer des modernen Sozialismus, Karl Marx, verlangte die Wiederaufrichtung Polens, und zwar in den Grenzen vom Jahre 1772. Niemand wird doch Marx für einen polnischen Imperialisten halten. Der Vorschlag des Herrn Patek geht nicht einmal so weit, wie die Forderung Marxs. Ersterer spricht nicht von der Wiederaufrichtung Polens in den Grenzen des Jahres 1772 ohne Vorbehalte, sondern überträgt ihr nur die Mission, in diesen Grenzen einen Staatskörper im Einvernehmen mit dem Willen der dortigen Bevölkerung zu errichten. Hier ist also das Selbstbestimmungsrecht der Völker berücksichtigt worden.

Indessen ist das Programm der Nationaldemokratie, jener Strich des Herrn Dmowski, nichts anderes, als das Teilen der Grenzgebiete unter zwei Imperialisten, dem polnischen und dem russischen, ohne die Bevölkerung nach ihrem Willen zu befragen. Die Nationaldemokraten glauben, daß der Bolschewismus nur eine Episode ist und daß nach ihm das imperialistische Rußland wieder erstehen wird, zu dem die Liebe in ihrem Herzen nicht erstirbt. Durch die Teilung Weißrußlands wollen sie sich die gegenseitige Liebe dieses erwarteten reaktionären Rußlands erkaufen. Ohne sich die Frage zu beantworten, ob diese ihre Erwartungen sich überhaupt verwirklichen werden, muß man bemerken, daß, wenn Polen auf diesem Wege sich die Sympathie des eroberungslustigen Rußlands erkaufen will, es nicht nur das halbe, sondern das ganze Weißrußland abgeben müßte, außerdem das Ermeland, Ostgalizien, zum Schluß vielleicht auch noch ganz Polen. — Woher will es die Garantie nehmen, daß es auf billigere Weise den Hunger dieses „Freundes" stillen könnte?

Alle politischen Momente sprechen wider den Strich des Herrn Dmowski. Die Landtagskommission für äußere Angelegenheiten ist zum Glück der Nationaldemokratie nicht gefolgt, deren Angriff auf Herrn Patek keinen Erfolg hatte, weil eine der Nationaldemokratie nahestehende Partei die nationale Vereinigung, der der gegenwärtige Ministerpräsident, Herr Skulski, angehört, gegen die Regierung nicht auftreten konnte. Es hat also der Grundsatz gesiegt, der, wie es scheint, einen schnellen Friedensschluß mit Rußland ermöglichen wird. (P. P.)

Der Bankrott der polnischen Kriegsprogramme.

(Nasz Kurjer, Warschau, vom 9. März 1920, Nr. 30.)

Wir wissen nicht wie die Friedens- und Kriegsfrage endgültig entschieden werden wird. **Wir wissen aber, daß gegenwärtig bei der vollständig geänderten Lage alle bei uns bekannten Kriegsprogramme ein schmähliches Fiasko erlitten haben,** sogar unter dem Gesichtswinkel ihrer Schöpfer. Wie bekannt, existierten bei uns zwei Kriegsprogramme: ein nationaldemokratisches, das andere daß der sogenannten „Belvedermänner".

Als vollständig unzweckmäßig erwies sich das nationaldemokratische Programm. Die Nationaldemokratie setzte alle ihre Hoffnung darauf, daß die Entente sie mit dem Umstürzen der Bolschewisten und die Erhebung der Koltschakmänner betrauen würde, wofür sie im Einvernehmen mit der russischen Gegenrevolution, eine günstige, unmittelbare Grenze gegenüber Rußland erhalten würde. Gegenwärtig, da die rote Armee gesiegt und die Entente sich mit der Sowjetregierung verständigt hat, ist die Nationaldemokratische Mission zwecklos geworden. Die Nationaldemokratie scheint die politische Unfähigkeit einzusehen, denn das Verhalten ihrer Presse ist sehr wunderlich. Diese Presse spricht nichts von der aktuellen Kriegs- und Friedensfrage dagegen ist sie bemüht, die Aufmerksamkeit der Gesellschaft auf die Ausbrüche des unsinnigsten Antisemitismuses zu lenken. In Fällen aber, wo sie diese brennende Frage nebenbei berührt, spricht sie mehr für den Frieden als für den Krieg. Nachdem die Nationaldemokratie durch die Entente enttäuscht wurde, betreibt sie zwischen den Zeilen unmittelbare Verhandlungen mit den Bolschewisten, wobei sie diesen zu verstehen gibt daß „der Teufel nicht so schwarz ist wie er gemalt wird". Als Beispiel wollen wir auf ein Interview des Korrespondenten der „Gazete Warschawska" mit dem Leiter der Sowjetkommission in Reval, Lukowski, hinweisen, in welchem abgesehen von der, für alle Fälle noch unentbehrlichen antisemitischen Verzierung, die „gegenwärtigen" Bestrebungen der Bolschewisten vollkommen objektiv dargestellt werden. Allein begnügt sich die „Gazeta Warschawska" nicht damit, sie bereitet schon den Boden für den Antisemitismus mit Antibolschewistischem Anstrich vor.

Immer öfter lesen wir in dieser Zeitung Artikel, in denen bewiesen werden soll, daß die Juden nicht mit einem Siege der Sowjets rechnen, sondern ihre „Herrschaft über Rußland" ausdehnen und auf die Erlangung der Gewalt durch Milukow, Matlakow und sogar Sasonow selbst rechnen, die sich vor der Redaktion der antibolschewistischen „Tribünen Ludowe" demütigen.

Ihre Bereitwilligkeit, mit den Bolschewisten zu verhandeln, äußert die Nationaldemokratie auch darin, daß die Titel und der Inhalt ihrer „Kriegs"-Artikel mit Fragezeichen versehen sind, z. B. „sind wir bereit?", „sind wir des Sieges gewiß?", „können die Militärbehörden für ihn garantieren?". Da es aber in der Welt keine Kriege mit Garantie und Versicherungen gibt, da ein Krieg stets ein Wagnis ist, so bedeuten diese mit aufrichtiger oder geheuchelter Furcht begleiteten Warnungen nichts anderes, als das Vonsichweisen jeglicher Verantwortlichkeit für alle „Kriegsabenteuer" im Falle sie nicht gelingen sollten. Wenn wir endlich in Betracht ziehen, daß die Nationaldemokratie immer noch den Föderationsgedanken zurückweist, ja sogar den Bericht der Landtagskommission in der Richtung hin „berichtigt" hat, daß er die Forderungen der Grenzen im Jahre 1772 enthielte, so ist es nicht ausgeschlossen, daß ihr ursprüngliches Kriegsziel, das auf dem Besitze gemeinsamer Grenzen mit dem Koltschak-Rußland beruht, sich heute in ein Friedensziel im Verhältnis zum Sowjet-Rußland verwandelt hat.

Nicht weniger, vielleicht sogar noch stärker ist das zweite Kriegsprogramm zusammengebrochen. Die Politiker der „Regierung und des Heeres" bekennen selbst, daß trotz des Sieges der Bolschewisten, die der Großmachtidee gleichgültig gegenüberstehen, ihr Föderationsprogramm, das ein großes Rußland nicht leidet, noch schwieriger zu verwirklichen ist, als das nationaldemokratische Programm, das auf einer gemeinsamen Grenze mit Rußland beruht. Vor allem muß zur Verwirklichung dieses Zieles die rote Armee geschlagen werden, das militärisch heute keine so leichte Sache ist, besonders da die Entente Rußland direkt durch Lieferung von Lebensmitteln, Geldzuwendungen und angeblich auch Munition unterstützt. Zweitens ist man mit dem Föderationsprogramm (im antirussischen Sinne) etwas zu spät gekommen. In der Zwischenzeit hat England, das gar nicht daran denkt, seine neuen Mündel aus den Händen zu geben, die „Grenzstaaten" schon unter seine Obhut genommen. Was England mit diesen Staaten zu tun gedenkt, weiß man nicht. Vielleicht will es Rußland dadurch, daß es Vasallen-Staaten an Rußlands wichtigster Grenze besitzt, dieses ständig im Schach halten. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß es diese Staaten in einem geeigneten Augenblick Rußland gegen andere Zugeständnisse „schenken" wird. Drittens zeigen diese „kleinen Staaten" keine große Lust, sich mit Polen gegen Rußland zu verbinden. Es genügt, eine Reihe von Charakteristiken dieser Staaten, die der Wochenschrift „Rząd i Wojsko" (Die Regierung und das Heer) zu lesen, um sich zu überzeugen, daß diese Staaten nach Rußland hinneigen, (teilweise auch nach Deutschland) ohne dabei auf ihrer Unabhängigkeit zu bestehen. Sie werden dazu von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rücksichten geleitet.

Beide Kriegsprogramme sind, mit einem Wort gesagt, zusammengebrochen. Es ist höchste Zeit, daß ein reales Friedensprogramm aufgestellt wird. (P. P.)

Schwebende Fragen.

Wer Augen hat zu sehen, der sehe, wie es in Polen in Wirklichkeit aussieht.

(„Wiarus Polski", Bochum, vom 19. März 1920, Nr. 60.)

In der Zeitschrift aus Posen, „Prawda", lesen wir:

Im politischen Leben unseres Volkes herrscht seit langer Zeit eine schwüle Atmosphäre. Es gibt Zufriedene und Unzufriedene, wie überall. Die Zufriedenen sind Leute an der Krippe, sind Leute mit absolutistischen Ansichten, sind Schatten aus dem 17. und 18. Jahrhundert. **Die Unzufriedenen sind Scharen städtischer Arbeiter, kleiner Staats- und Privatbeamten, es sind Vertreter der Berufsintelligenz, die an den politischen Hasardspielen, zusammen mit der Minorität der Regierenden, nicht teilnehmen können.**

Als unser Volk, ganz besonders der polnische Bauer, die Anhänger Korfantys und Polzwinskis, die Unterdrücker des Volkes, aus unserer Provinz hinausgejagt hatte, als es infolge der Opferwilligkeit die Bildung einer Armee ermöglichte, **schien es unmöglich, daß man diesem Volke die Freiheit rauben könnte, welche die Revolution den deutschen Spartakisten gebracht hatte. Es sind Volksräte gegründet worden, die mit der Zeit nur als Deckmantel für die Reaktion dienen sollten. Diesen Volksräten gab man einen Fußtritt, als sie der regierenden Gruppe halfen, ihre Ziele zu erlangen.**

Dies bedeutet aber nicht, daß wir Anhänger irgendwelcher Räte sind, falls eine normale Regierung existiert. Die, während der Revolution bei uns entstandenen Volksräte finden Beweise dafür, daß das polnische Volk an der Regierung und der inneren Verwaltung teilnehmen wird.

Was ist jedoch geschehen? Als das Volk durch Opfer die Freiheit für sich erkämpfte und Ordnung einführte, hat eine Gruppe von privilegierten Leuten die Macht an sich gerissen. Höhere Posten wurden sofort von Beamten besetzt, die in demokratischen Ländern gewählt werden. **Die in den Kreisen aufgestellten Bezirkshauptmänner begannen eigenmächtig zu regieren, lachten das Volk aus und sandten Militär mit Maschinengewehren gegen sie. Diese Bezirkshauptmänner regierten wie die in dem ehemaligen reaktionären Rußland.** Der Bürger fühlte, daß es in seinem Vaterlande unerträglich wurde. Ein Jahr ist seit dem Aufstande vergangen und nichts hat sich bisher geändert.

Die sogenannten „provisorischen" Bezirkshauptmänner herrschen genau so, wie vor einem Jahre. Es existieren weder Kreis- noch Wojewodschaftstage.

Doch noch nicht genug. Als die Besetzung Preußens eintrat, hat man auch dort sofort alle höheren Posten mit einer gewissen Reihe auserwählter Männer besetzt. Der Zufall wollte es, daß die Bezirkshauptmänner alles Adlige waren. Alle anderen wurden zurückgedrängt. Man fragt sich, seit wann der Adelstitel das Patent auf Verstand verleiht?

So herrscht also in unserer Provinz die alte Reaktion wie vorher.

Die administrativen Verordnungen erschweren dem Volke das Leben und reizen die ruhigsten Bürger auf. Nehmen wir z. B. die Sache mit den Kassiererscheinen, die geheime Polizei, die Beschränkung der Freiheit usw. Wäre es in einem echt demokratischen Staate möglich, daß ein vom Volke nicht erwählter Bezirkshauptmann einfach das anordnet, was ihm gefällt. Könnte eine echte Demokratie den Kampf der Behörde gegen die Arbeiter und Berufsorganisationen ertragen. In den westlichen Ländern sind die Regierungsmänner stolz, daß die Arbeiter ihre Organisationen besitzen, bei uns wird aber alles getan, um solche Organisationen zu vernichten. Wo könnte sonst in einem demokratischen Staate ein solcher Skandal vorgekommen sein, daß ein Beamter des Wohnungsamtes vom Präsidenten der mächtigen Arbeiterorganisation, also von einem Menschen, der in England z. B. fast die Bedeutung eines Ministers hat, eine Bestätigung verlangt, daß er einem Gesangverein angehörte, da diese als Legitimation seiner guten Sitten dienen soll. **Wäre es möglich, daß ein Bezirkshauptmann, von dem sogar die Spatzen auf dem Dache pfeifen, daß er die größten Geschäfte macht, weiter im Amte bleibt, ohne an die Folgen zu denken?**

Ihr, gewaltigen Herren Pharisäer, wollt dies nicht sehen. Ihr verflucht die, die euch die Augen öffnen, da ihr die Wahrheit fürchtet. Denkt daran, daß das Volk alles sieht und darüber urteilt.

Staatliche Bibliothek Berlin 9. 6. 20

Für uns ist das Vaterland der höchste Begriff, und kein Opfer ist uns zu groß oder zu schwer. Wir kritisieren nicht, weil es unser Beruf verlangt, wir kritisieren nur, um die Sachlage zu verbessern. Was nützt dem Volke eure Politik, ihr Herren Minister, Vizeminister, Wojewoden und Räte, wenn dasselbe sie nicht anerkennt und unterstützt. Haben euch die vergangenen Tage der Geschichte nicht belehren? Ihr mächtigen Herren befürchtet die fortschrittlichen Leute aus Warschau und Bochum und den Teufel. Ihr hattet auch vor dem Freunde des Volkes, Joseph Piłsudski, Furcht. Als es sich um seine Person handelte, habt ihr die schmutzigsten Mittel angewandt. **Als der Bauer über die Gewalttaten des Bezirkshauptmanns klagte, habt ihr ihn für die Beleidigung, die er der Behörde angetan, mit Strafe gedroht. Das Volk wird dies nicht vergessen!**

Ihr befürchtet den demokratischen Geist aus Westfalen. Ihr habt vermittels der Presse eure eigenen Brüder angeklagt und würdet diese Auswanderer am liebsten zum Teufel jagen, wenn sie euch eure Arbeit erschweren sollten. Der Arbeiter aus Westfalen, der nach seinem Lande zurückkehrt, und die Organisation kennt, kann die skandalösen Verhältnisse nicht vertragen. Der Arbeiter wird aber auf euer Hetzen nicht hören, da ihm jeder Pole ein Bruder ist. Besonders mutig sind die Arbeiter aus Westfalen.

Hört also auf mit euerer ehrlosen Arbeit. Sie wird euch nichts nützen, uns aber in den Augen Europas herabsetzen.

Ihr werdet nicht imstande sein, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken, da wir auf unserer Seite die Gewalt haben. Die Parole der Arbeiterarmee lautet: „Einer für alle, alle für einen."

Oeffnet also die Augen und verbraucht nicht unnütz eure Energie, die für nützliche Sachen, für das Wohl des ganzen Volkes, verwendet werden könnte. Cynarus.
(P. P.)

Eisenbahnminister Bartel über die Sanierung der Eisenbahnzustände in Polen.

(„Ilustrowany Kurjer Codzienny", Krakau, v. 25. März 1920, Nr 84.)

Warschau, 23. März. In der Verpflegungs- und Verkehrskommission griffen die Abgeordneten sehr scharf den Transport von Lebensmitteln auf den Eisenbahnen an. Minister Bartel erklärte, daß er für die Bedürfnisse der Verpflegung eine genügende Anzahl von Wagen zur Verfügung stellt. Sollte aber das Transportwesen nicht richtig funktionieren, so ist dies die Schuld der lokalen Organe; **weiter wies er darauf hin, daß ein Programm in der Lebensmittelzufuhr fehlt.**

Ferner wurde der **letzte Eisenbahnstreik in Krakau scharf kritisiert, der dem Staate auf vielen Gebieten großen Schaden zugefügt hat.** Minister Bartel erklärte, daß die Regierung ihr möglichstes zur Sanierung der Eisenbahnzustände und der Verpflegungsverhältnisse der Eisenbahner tue. Vom Krakauer Streik hat Minister Bartel telegraphisch erfahren, daß vorher keine Forderungen gestellt wurden. Dieser Streik hat alle überrascht.

Eisenbahnminister Doktor Bartel warnte vor den Folgen des politischen (?) Streiks der Bergleute im Dombrowaer Becken. **Die Wilna'er Eisenbahndirektion besitzt keine Kohle mehr, andere Direktionen leiden ebenfalls Mangel an Brennmaterial. Dieser Streik hat dem Staatsorganismus einen schweren Schlag versetzt.**

Zum Schluß erklärte Doktor Bartel, daß das Ziel der Regierung, die Sicherheit des Staates und die Sicherstellung von Lebensmitteln für die Bevölkerung sei, und versicherte, daß er eifrig für die berechtigten Forderungen der Eisenbahner eintreten werde, andererseits aber werde er von allen ergiebige Arbeit und gewissenhafte Pflichterfüllung verlangen. — Möge jeder Eisenbahner seine Pflicht erfüllen, und seine Sanierung wird erfolgen!
(P. P.)

Massenkündigung von 28 000 landwirtschaftlichen Arbeitern in Posen.

(„Wiarus Polski", Bochum, vom 29. Februar 1920, Nr. 50.)

Unlängst gelangte zu uns die geradezu beunruhigende Nachricht über Massenkündigungen an Landarbeiter im Posenschen, die im Polnischen Gewerkschaftsverband organisiert sind. Es wurden 28 000 entlassene Arbeiter gemeldet. Merkwürdig geradezu war die Handlungsweise der Arbeitgeber, da kurz vorher ein neuer Vertrag geschlossen worden war, der sowohl die Arbeitgeber, als auch die Arbeitnehmer verpflichtete, die Arbeiter zu beschäftigen.

Angesichts der massenhaften Kündigungen verlangte die Arbeiterorganisation des polnischen Gewerkschaftsverband, Aufklärung über diese Frage, bezw. Revision des Vertrages. Zu diesem Zwecke hat die Organisation folgende Resolution gefaßt:

Die Konferenz des Vorstandes des landwirtschaftlichen und Forstarbeiterverbandes mit den Beamten der Bezirke beschließt in Gegenwart der Vertreter des Zentralvorstandes des Polnischen Gewerkschaftsverbandes und des Aufsichtsrates desselben, über den Vertrag der Landarbeiter und die Handlungsweise der Arbeitgeber folgendes:

Da der Vertrag für alle Arbeiter in dem Sinne angenommen worden ist, daß kein Arbeiter in einem für das Vaterland gefährlichen Augenblick entlassen wird, verübten die Herren hinter dem Rücken des Polnischen Gewerkschaftsverbandes einen Anschlag auf die Freiheit der Arbeiter, indem sie 28 000 von ihnen zum 1. April 1920 kündigten, und dadurch die Arbeiter in Schrecken versetzten.

Da die Herren bis zum heutigen Tage sich noch nicht zu einer befriedigenden Antwort entschlossen haben, können die Versammelten die Mitglieder zur Annahme des Vertrages nicht bewegen; sie beabsichtigen, ihn einer beiderseitigen Revision zu unterziehen.

Die Versammelten geben der Regierung ihr Bedauern kund, die bei so wichtigen Angelegenheiten die Arbeitervertreter umgeht, und den Angriff der Arbeitgeber auf die Koalitionsrechte der Arbeiter in der Landwirtschaft in einem für das Vaterland so wichtigen Augenblick unterschätzt.

Grundsätzlich handelt es sich für die Besitzer um die Zahl der erteilten Kündigungen. Angesichts dessen stellen wir fest, daß wir nach unserem besten Willen nichts übertrieben haben, wenn wir feststellen, daß es 28 000 Kündigungen gegeben hat. Diese Behauptung wird von einer im Januar erschienenen Statistik unterstützt. Diese Statistik wurde dem Departement für Arbeitsschutz in Posen übermittelt, und die maßgebenden Stellen hatten Zeit genug, sich von der Wahrheit unserer Behauptungen zu überzeugen.

Wenn aber die Landräte von 13 Kreisen nur 1736 Entlassungen feststellten, so antworten wir darauf, daß es Kreise gibt, in denen 8000 und mehr Kündigungen erteilt wurden. Wenn sich jemand von den massenhaften Entlassungen überzeugen will (und dies raten wir dem „Postęp", der gestern an der von uns verkündigten Wahrheit zweifelte), so möge er sich nach den Vorwerken wie Stefzewo, Mokrones, Szamezuły bei Hartmann, Wannagóra oder Kromolice begeben und einmal nachsehen, wie es dort aussieht. **Von manchen Vorwerken wurden sogar 30 Familien vertrieben. Die Produzenten also verschweigen absichtlich nicht nur die Zahl der Entlassenen, sondern suchen uns in unsittlicher Weise als Lügner hinzustellen.**

Wenn den Herren unsere Versicherung nicht genügt, so sind wir bereit, alle diejenigen, denen gekündigt wurde, aufzufordern, nach Posen zu kommen, um vor dem Schloß bei einem Vorbeimarsch gezählt zu werden. Der Vorbeimarsch würde vom Morgen bis zum Abend dauern. Die Produzenten sagen weiter, daß sie es nicht wünschen, daß die Preise für Produkte die Höhe wie in Galizien und Kongreßpolen erlangen. Am wenigsten werden dies wohl die Arbeiter wollen. Wenn sie weniger für das Getreide einnehmen, so können sie weniger für die Arbeit zahlen, sagen die Produzenten. Angesichts dessen fragen wir, ob man bei den jetzigen Getreidepreisen den Arbeitern wirklich nicht mehr zahlen kann? Wir bitten also, uns zu sagen, wieviel Einnahmen ein Besitzer von 1000 Morgen hat, und wir werden sehen, daß die Einnahmen der Produzenten entschieden zu groß sind, und daß man ganz dreist etwas davon zugunsten des Arbeiters in Abzug bringen kann. Wenn die Produzenten für 6 000 000 Mark Kleidungsstücke und Schuhwerk bezogen haben, so kann die „Pravda" sich damit rühmen, daß sie davon in einem Artikel geschrieben hat. Wen meinen die Produzenten, wenn sie sagen, daß beabsichtigt wird, die landwirtschaftliche Produktion zu vernichten und die Stadtbewohner verhungern zu lassen? Vielleicht den Polnischen Gewerkschaftsverband und seine Führer?

Das wäre die übelste Verhetzung! Haben sich die Herren bis heute davon noch nicht überzeugt, daß der Bolschewismus ohne den Gewerkschaftsverband sich auch bei uns festgesetzt hätte?
(P. P.)

Polnischer Landtag.

Aus den polnischen Landtagskommissionen.

(„Postęp", Posen, den 13. März 1920, Nr. 60.)

Die Wiederaufbaukommission beschloß unter Vorsitz des Abgeordneten Bryl neun Anträge an die Regierung mit der Forderung zu stellen, den Landwirten die nötige Anzahl und Menge Maschinen, Kohle, Koks und anderer Stoffe, die unentbehrlich für die Frühjahrsbestellung sind, zu liefern. Dem Landtage soll ferner der Antrag zur Wiederherstellung der Kleinindustrie und des Handels, die Vorlage eines Statuts der Kreditanstalten, die im Gesetz vom 18. Juli des vergangenen Jahres vorgesehen sind, zum Bau von Zufuhrbahnen bis zu den Wäldern, von denen aus die Holzzufuhr durch große Entfernungen von der Eisenbahn erschwert ist, vorgelegt werden. Die Regierung wurde aufgefordert, einen Kampf mit denjenigen Kaufleuten zu unternehmen, die trotz des Verbots entbehrliche Artikel herbeischaffen und verkaufen. Die Regierung wurde aufgefordert, endlich Schritte zu unternehmen, um das von den Deutschen in Polen requirierte Holz wiederzuerlangen.

Die Landwirtschaftskommission hielt unter dem Vorsitz des Abg. Witos eine Beratung über den Stand der Saaten ab. Es wurden die vom Verpflegungsministerium gemachten Schwierigkeiten hervorgehoben, u. a., daß dieses das für die Saaten bestimmte Getreide einzieht. Schwierigkeiten werden auch von seiten des Kriegsministeriums gemacht, das die Lieferung von Getreide hauptsächlich aus den östlichen Teilen des Landes hindert, und ablehnt, eine nötige Anzahl von Pferden zur Verfügung zu stellen.

Die Budgetkommission unter dem Vorsitz des Abg. Glabiński beschäftigte sich mit den Anfragen der Invalidenkommission um Erhöhung der Unterstützungen für Invaliden, und beschloß, diese Angelegenheit zusammen mit dem von der Regierung bearbeiteten Gesetzesentwurf zu behandeln.

Die Verfassungskommission unter dem Vorsitz des Abg. Stychel hat eine Diskussion über den Artikel, der den Ministerrat und seine Verantwortlichkeit trifft, gepflogen. Die Feststellung der Ergebnisse dieser Beratungen wurde der Unterkommission übertragen. Ferner beschloß die Kommission, die Zentralregierung und die Verwaltungen der Ostgebiete zur Teilnahme an der nächsten Versammlung einzuladen, um die Angelegenheit der Wahl in den Grenzgebieten zu besprechen.

Die Kommission für Wasserwege unter dem Vorsitz des Abg. Haußner beschloß folgendes Programm anzunehmen:

1. die in dem Versailler Vertrag vorgesehene Internationalisierung der Weichsel vom Standpunkte der wirtschaftlichen Interessen Polens aus gesehen.
2. die Aktion gegen evtl. Besitzergreifung des Transportwesens durch fremde Kapitalisten,
3. der gegenwärtige Zustand der Weichsel als Verkehrsmittel und der Bestand der Parks und Einrichtungen,
4. die Verkehrsrolle der Weichsel im Laufe der nächsten Jahre,
5. das staatliche Interesse an der Verstaatlichung der Weichsel.

Es wurde beschlossen, zur Beratung die Delegierten der Verkehrskommission und der Kommission für Handel und Industrie heranzuziehen.
(P. P.)

Landtagsangelegenheiten.

(„Naprzód", Krakau, vom 25. März 1920, Nr. 73.)

Die Landtagswahlen im Posenschen.

Warschau, 24. März. In der gestrigen Sitzung des Landtages stellte Genosse Czapinsky den Dringlichkeitsantrag in Angelegenheit der unverzüglichen Durchführung der Landtagswahlen in einem Teile des Posenschen. Wie bekannt, konnten in einer ganzen Reihe von Ortschaften, die sich unter preußischer Verwaltung befanden, die Wahlen nicht durchgeführt werden. Es handelt sich hauptsächlich um einen großen Teil des früheren Regierungsbezirks Bromberg mit der Stadt Bromberg, der Größe nach der zweiten Stadt im Lande, die 80 000 Einwohner zählt. Dieses ganze Gebiet, das keine Vertretung im Landtage hat, weist eine halbe Million Einwohner auf, so daß es **10 Abgeordnete** wählen müßte. Während die Mehrheit der Posenschen Abgeordneten im Landtage unberechtigterweise berät, ist eine Bevölkerung von einer halben Million Seelen der Vertretung im Landtage ganz beraubt. Solch eine Sachlage kann nicht unverändert bleiben, da der Bevölkerung auf diese Weise die grundsätzlichen Bürgerrechte entzogen werden.

Der Antrag fordert die Regierung auf, in dem Gebiet jetzigen Posenschen Wojewodschaft Wahlen anzuordnen.

Die rätselhafte Rolle eines Amerikaners.

In der gestrigen Sitzung des Landtages fragte Ge Diamand bei dem Finanzminister, Minister für Handel Industrie an, **was für eine Rolle das Mitglied der amerikan Mission, Ingenieur Fergussen, in Polen spielt. Wie die Zei mitteilen, soll Fergussen in einer näheren unbezeichneten ziehung zur polnischen Regierung stehen und für ein Gehalt 10 000 Dollar (gegen 1 600 000 Kronen) jährlich undefinie Funktionen in der polnischen Erdölindustrie auszuüben.**

Ueber diese Anfrage, die sehr interessante Einzelheiten diesen Herrn Fergussen enthält, werden wir in den nächsten T Näheres mitteilen.

Die beabsichtigte Einführung der Leibeigenschaft in den Fab

Die Taktik des Abg. Pfarrers Lutosławski in der U kommission, die über den Entwurf, die obligatorischen Sch gerichte betreffend, berät, zeigt immer deutlicher **auf die führung der Leibeigenschaft in den Fabriken hin.** In der kussion der Unterkommission **trat Pfarrer Lutosławski Vorschlägen auf, die dem Arbeiter ein für allemal das Recht Streiken nehmen sollen. Unter anderem schlägt er für die ger Ueberredung zum Streiken drakonische Strafen vor. Hetzen trägt nur zur weiteren Zuspitzung der Klassengegens Polen bei.**
(P. P.)

Handelspolitische Nachrichten

Bewilligung von 11 Milliarden Mark zum Einkauf von Gold, Schecks und Devisen durch die polnische Regierung.

(„Ilustrowany Kurjer Codzienny", Krak., v. 25. März 1920, Nr.

Warschau. P. A. T. Die Finanz- und Budget-Kommission nahm einen Gesetzentwurf an, der die polnische Regierung **zur Bewilligung von 11 Milliarden Mark für den Einkauf Gold, Schecks und Devisen ermächtigt.**

Die Beratung über den Antrag des Abg. Stupa über Verbot betreffs des Ankaufs von Rubeln ist noch nicht be
(P.

Oberschlesische Angelegenheiten

Spendensammlung für die polnische Abstimmungsagitation in Oberschlesien.

(„Sztandar Polski", Gleiwitz, vom 28. März 1920, Nr. 73.)

Eine Zusammenkunft der Kaufleute in Posen.

Die Zusammenkunft unter dem Vorsitz des Herrn Kaf erfreute sich einer zahlreichen Teilnahme. Zum Vorsitzende Zusammenkunft gehörte auch Herr Czapliçki aus Beuthen. Interesse war bei allen Anwesenden sehr groß, die Diskussion sachlich und ruhig.

Von den Mitgliedern der Zusammenkunft wurde für schlesien 1100 Mark gesammelt.
(P.

Kurze Nachrichten.

Die Unzufriedenheit der Bergarbeiter mit d polnischen Arbeitsminister.

(„Naprz ó", Krakau, vom 25. März 1920, Nr. 73.)

Minister oder Parteigenosse?

Warschau. Die sozialistischen Abgeordneten bereiten energische Aktion gegen den Arbeitsminister Peplowski Gelegentlich des Streiks der Bergarbeiter in Dombrowa-Ge übte Herr Peplowski gegen den Beschluß der Regierung Druck aus, damit der nationale Arbeiterverband auf Stufe mit dem polnischen Verbande der Bergleute mit der in Freistadt, zu den Verhandlungen zugelassen würde. Peplowski, der als „Vertrauensmann" der Nationalen Ar partei im Kabinett arbeitet, tritt hier offen als Parteigen ohne den verderblichen Folgen Rechnung zu tragen, welche genehmen Folgen seine Handlungsweise im ganzen Staate kann.

Die Bergleute werden es nicht gestatten, sich solche unz Vormundschaft aufdrängen zu lassen, und wenn die Re sich der Unterstützung der Parteiinteressen des Herrn Pe nicht enthalten wird, so wird sie dadurch in allen Be zentren große Stürme hervorrufen.
(P.

Korruption in Polen.

(„Goniec Krakowski", Krakau, vom 21. März 1920, Nr. 80

Defraudation von 300 000 Kronen.

In der Kommission des Bauausschusses bei dem wiederaufbauamt wurde in den letzten Tagen eine Defra **aufgedeckt, die sich der Beamte des genannten Am A. Michalowski, hat zuschulden kommen lassen.**

Michalowski hat seit längerer Zeit staatliche Gelder ver **Die Summe der unterschlagenen Gelder beträgt 300 000** Die Unterschlagungen begann er in der Weise, daß er Briefe und Quittungen fälschte und das Geld an sich nahm.

Durch seine ausschweifende Lebensweise lenkte er merksamkeit der Behörden auf sich. Er war ständiger den erstklassigsten Restaurants und verschwendete dort Michalowski wurde verhaftet.
(P.

Mißbräuche in Lemberg.

(„Ilustrowany Kurjer Codzienny", Krakau, v. 21. März 1920,

Gegen den grausamen ehemaligen Kommissar von L wurde eine Untersuchung eingeleitet.

Lemberg, 19. März. Auf Veranlassung des Minister innere Angelegenheiten haben die Landesbehörden ge ehemaligen Polizei-Oberkommissar Lembergs, Harwat Untersuchung eingeleitet. Die bisherigen Untersuchungen daß H. während des Krieges Leiter einer Kundschafte in Nowy Sonez, Tarnow, Jasle und Jaroslaw war, **unerhörte Mißbräuche und Grausamkeiten zuschulden** ließ. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß auf seine hin eine ganze Reihe von Leuten als angebliche Spi gehängt wurden. H. wurde vor dem Kriege aus Lemb Czernowitz versetzt. Gegenwärtig ist er aus dem entlassen.
(P.